



## Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Eidgenössische Abstimmung zum Osthilfegesetz

### Ein JA aus Solidarität und als Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit mit der EU

Sehr geehrte Stimmbürgerin  
Sehr geehrter Stimmbürger

Am 26. November 2006 stimmen wir Schweizer Stimmberechtigten über das Osthilfegesetz ab. Dieses Gesetz bildet auch die Grundlage für den Erweiterungsbeitrag, mit dem die zehn neuen Mitgliedsländer der EU mit einer Milliarde Franken unterstützt werden sollen. Detaillierte Ausführungen dazu finden Sie in den beigelegten Abstimmungserläuterungen des Bundesrates.

Mit einem JA zum Osthilfegesetz und der sogenannten Kohäsionsmilliarde können wir uns gegenüber der EU als vertrauenswürdige Partner zeigen und ein Zeichen der Solidarität setzen. Die Beziehungen zur EU sind besonders auch für den Grenzkanton Basel-Stadt von grosser Bedeutung. Im vergangenen Jahr sprach sich deswegen in Basel-Stadt eine deutliche Mehrheit der Stimmenden für die bilateralen Verträge II (Abkommen zu Schengen, Dublin) und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedstaaten aus. Um auch weiterhin den bilateralen Weg erfolgreich gehen zu können und einen gesicherten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu erhalten, wollen wir unsere Mitverantwortung wahrnehmen und uns an der Förderung von Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in Europa beteiligen.

Wir empfehlen den baselstädtischen Stimmberechtigten deshalb, das eidgenössische Osthilfegesetz anzunehmen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES BASEL-STADT

Die Präsidentin

Der Staatsschreiber

Barbara Schneider

Dr. Robert Heuss

Basel, den 17. Oktober 2006